

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wachstumsprogramm für Europa

Bundeskanzlerin Angela Merkel will die vorhandenen EU-Fördermittel effizienter einsetzen, um das Wachstum in Europa zu steigern und so die Konjunktur in der Euro-Krise zu stützen. Dazu führt die Bundesregierung bereits Gespräche auf europäischer Ebene. Ziel ist es, die Mittel aus den sogenannten Struktur- und Kohäsionsfonds künftig so einzusetzen, dass sie die Wachstumspotentiale der Mitgliedsländer erhöhen. Bislang sollen diese EU-Fonds unter anderem helfen, das Gefälle zwischen den armen und reichen Gebieten zu mildern und die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Es geht um ein Gesamtbudget von mehr als 300 Milliarden Euro für einen Zeitraum von sieben Jahren. Zudem soll das Kreditvolumen der europäischen Förderbank deutlich erweitert werden. Es gehe Merkel nicht um zusätzliche Mittel oder ein klassisches Konjunkturprogramm, heißt es im Kanzleramt. Allerdings versicherte Merkel den deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden bei einem Treffen am Dienstag vergangener Woche, dass die Bundesregierung im Fall eines dramatischen Wirtschaftseinbruchs nicht nur wieder das Kurzarbeitergeld zur Bekämpfung einsetzen würde; vielmehr sei sie dann auch bereit, wie 2008 die staatlichen Investitionen zu verstärken.



Skiläufer Althaus 2006

FRANK OSENBIRK

UNFÄLLE

Versicherung muss zahlen

Die Schadensersatzverhandlungen zwischen der Versicherung von Thüringens ehemaligem Ministerpräsidenten Dieter Althaus, 53, und den Hinterbliebenen der 2009 bei einem Skiunfall getöteten Frau sind abgeschlossen. Das bestätigte der Salzburger Rechtsanwalt Alexander Rehl. Dass die Verhandlungen erst jetzt endeten, liegt daran, dass in Österreich das Pflschaftsgericht zustimmen musste, um die Ansprüche für den damals einjährigen Sohn der Verunglück-

ten zu sichern. Die Forderungen des Witwers waren bereits im Herbst besiegelt worden. Allerdings, so Anwalt Rehl, stehe der Großteil des vereinbarten Betrags „trotz mehrfacher Aufforderung“ noch aus. Althaus war am Neujahrstag 2009 bei der Abfahrt von einem steilen Hang im österreichischen Skigebiet Riesneralm an einer Einmündung in die Gegenfahrbahn geraten und dort auf die 41 Jahre alte Beata C. geprallt. Der Politiker erlitt schwere Schädelverletzungen, die Frau starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Althaus wurde deshalb wegen fahrlässiger Tötung zu 33 300 Euro Geldstrafe verurteilt. Als die CDU im August 2009 bei der thüringischen Landtagswahl zwölf Prozentpunkte verlor, trat er von seinem Amt zurück.

ZAHLE DER WOCHE

1,69 Millionen

heimliche SMS zur Ortung von Mobiltelefonen haben Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Zoll in den vergangenen sechs Jahren deutschlandweit verschickt. Das sind im Durchschnitt 776 Ortungsimpulse am Tag. Eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko (Die Linke) ergab, dass allein das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter, die dem Bundesfinanzministerium unterstehen, in der ersten Hälfte dieses Jahres 227 587 stille SMS sendeten.

AFFÄREN

Firmengeflecht im Ausland



BLB-Projekt Landesarchiv

ROLAND GEISHEIMER / ATTENZIONE

Im Verfahren um den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Beschuldigten auf fast 20 angestiegen. Für Oberstaatsanwalt Wolf-Tilman Baumert von der Wuppertaler Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität geht es „um einen der größten Korruptionsverdachtsfälle, den wir jemals hatten“. Dem ehemaligen Geschäftsführer Ferdinand Tiggemann wird Untreue vorgeworfen. Die Ermittler sind auf ein kompliziertes Firmengeflecht mit Konten im Ausland, teilweise in Spanien, gestoßen, das Tiggemann und Teilen seiner Familie zugerechnet wird. Tiggemanns Anwalt bestreitet das Firmengeflecht, auch habe sein Mandant sich nicht der Bestechung oder Untreue schuldig gemacht.